

## 1296 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

# Bericht des Unterrichtsausschusses

### über die Regierungsvorlage (1281 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Minderheiten-Schulgesetz für das Burgenland geändert wird

Die gegenständliche Regierungsvorlage hat folgende Ziele und Inhalte:

1. Die die Vorschulgruppen betreffenden Bestimmungen des Minderheiten-Schulgesetzes für das Burgenland wären an den erwähnten Entwurf einer Schulorganisationsgesetz-Novelle über die Neuregelung des Schuleingangsbereiches anzupassen.
2. Weiters wären die den Polytechnischen Lehrgang betreffenden Bestimmungen im Hinblick auf die neue Bezeichnung dieser Schulart zu adaptieren.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 25. Juni 1998 in Verhandlung genommen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Maria **Schaffenrath**, Mag. Karl **Schweitzer**, Dr. Dieter **Antoni**, Dr. Getrude **Brinek**, Dr. Susanne **Preisinger**, Mag. Walter **Posch**, Dr. Udo **Grollitsch**, Johann **Schuster**, Dr. Robert **Rada**, Katharina **Horngacher**, Dr. Christa **Krammer**, Elfriede **Madl**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Dr. Sonja **Moser-Starrach** sowie die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten Elisabeth **Gehrer**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Regierungsvorlage enthaltene Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Gemäß Art. 14 Abs. 10 B-VG kann ein dem Entwurf entsprechendes Bundesgesetz als Angelegenheit der Schulorganisation vom Nationalrat nur in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

Die auf Grund der grundsatzgesetzlichen Bestimmungen zu erlassenden Ausführungsgesetze des Burgenlandes sind mit 1. September 1999 in Kraft zu setzen. Eine Frist für die Erlassung ist nicht vorgesehen, so daß eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 15 Abs. 6 B-VG nicht erforderlich ist.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuß somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1281 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1998 06 25

**Werner Amon**

Berichterstatter

**Mag. Dr. Josef Höchtl**

Obmann